

FDP SACHSEN-ANHALT SPRICHT SICH AUF IHRER KLAUSURTAGUNG GEGEN DAS BETREUUNGSGELDGESETZ AUS

am 26. Juni 2012

[Betreuungsgeld, FDP, Gesetz,](#)
[Klausur Sachsen-Anhalt, Tagung](#)

Auf ihrer Klausurtagung am 26. Juni 2012 in Magdeburg fasste der erweiterte Landesvorstand der FDP Sachsen-Anhalt einstimmig einen Beschluss gegen das Betreuungsgeldgesetz. Der Beschluss ist eine klare Aussage, dass das Gesetz sowohl bildungs- als auch familienpolitisch nicht zielführend ist.

Die schwarz-rote Landesregierung hatte sich zum Ziel gesetzt, Deutschland zur Bildungsrepublik zu machen. Die Bundesregierung investiert innerhalb von 4 Jahren 10 Milliarden Euro mehr in Bildung, um dieses Ziel zu erreichen. Den Erfolg dieser Investition in Fachkräften und Innovationen hängen Wachstum und Wohlstand des Landes ab.

Das Betreuungsgeld führt mehr zu alten Familienmodellen á la „Kinder, Küche, Kirche“ und mindert die elterliche Wahlfreiheit für Eltern, weil sie mangels fehlender Krippen- und KiTa-Plätzen keine andere Wahl haben.

Der Landesvorsitzende der FDP Sachsen-Anhalt Veit Wolpert meinte dazu „Wir brauchen keine Betreuungsgelder, sondern eine Qualitätsoffensive von Bund und Ländern für die Krippen- und KiTa-Plätze und den bedarfsgerechten Ausbau von Krippen- und KiTa-Plätzen im ganzen Land. Die Förderung der elterlichen Erziehungsleistung über das Betreuungsgeld II ist daher der falsche Weg.“

Abschließend betonte Wolpert: „Wir wollen kein Betreuungsgeld für Eltern, sondern Bildungsgutscheine für Kinder! Diese können für eine Inanspruchnahme von KiTa-Plätzen, aber auch für andere Einrichtungen und bei sonstigen Förderungen eingesetzt werden können. Nur so können Lenkungsanreize gesetzt, denn das Geld kommt den Kindern zugute und die Wahlfreiheit der Eltern bleibt gewahrt.“